

Der Friedenskongress von Rastatt

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse**

Band (Jahr): **75 (1981)**

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Chorherrenstift das seit 1792 unterbrochene Chorgebet wieder aufzunehmen, was ihnen aber der Fürstbischof mit Rücksicht auf den adligen Charakter des Kapitels verbot.

Mit Ausnahme eines kriegsbedingten Unterbruchs im Jahre 1799 war das Kapitel bis 1803 wieder ununterbrochen versammelt. Es entwickelte eigene politische Initiativen, die auf die Rettung des Kapitels als adliges Institut und die Verbesserung seiner stark geschmälernten wirtschaftlichen Basis hinzielten. Unter dem Einfluß von Ligerz gab das Kapitel seine bisherige Schweizer Politik auf und richtete sich ganz auf Österreich aus ¹.

V. DER UNTERGANG DES HOCHSTIFTS (1797–1803)

1. Der Friedenskongreß von Rastatt ²

Die fürstbischöfliche Gesandtschaft

Am 9. Dezember 1797 begannen in Rastatt die Verhandlungen zwischen dem Reich und der französischen Republik. Der französische Hauptunterhändler, Napoleon Bonaparte, war nach einem kurzen Aufenthalt schon vor der Kongreßöffnung wieder abgereist. Die Mehrheit der reichsständischen Vertreter war im Vertrauen auf das Wort des Kaisers nach Rastatt gefahren, daß auf der Basis der Reichsintegrität und der Reichsverfassung mit Frankreich verhandelt werde ³.

Neveu und seine drei Gesandten trauten aber dem kaiserlichen Versprechen nicht mehr, seitdem Österreich nach dem Abschluß der Frie-

¹ Zum Kapitel s. AAEB, RR 8, 183–185, 193–196; RR 60, 737–742, 948–953, 1181–1184, 1220–1223; RR 61–64. Das Kapitel war somit seit der Flucht aus Arlesheim bis zur Säkularisation sechs Mal zu sogenannten Generalkapiteln versammelt:

1. 5.3.1793 (Konstanz)

2. 1.5.1793 (Freiburg i. Br.)

3. 2.9.1793 (Freiburg i. Br.)

4. 7.4.–2.6.1794 (Freiburg i. Br., Wahl des neuen Fürstbischofs)

5. 2.5.–9.5.1795 (Freiburg i. Br.)

6. 24.10.1797 bis ca. Frühsommer 1803 (Freiburg i. Br.)

² Zum Kongreß von Rastatt: ARETIN I, 345–352; H. HUEFFER, *Der Rastatter Congreß und die zweite Coalition*, 2 Bde., Bonn 1878/79; P. MONTARLOT, L. PINGAUD (Hrsg.), *Le Congrès de Rastatt. Correspondance et documents*. 3 Bde., Paris 1912/13.

³ ARETIN I, 345.

denspräliminarien vor den Forderungen der Franzosen schrittweise zurückgewichen war und Frankreich ungestraft die helvetischen Gebiete des Fürstbistums besetzen konnte. Obwohl schon zu Beginn der Verhandlungen feststand, daß Österreich das linke Rheinufer abtreten und die geistlichen Staaten der Säkularisation preisgeben wollte, klammerte sich der Fürstbischof weiterhin an den Kaiser ¹.

Als die französischen Unterhändler in Rastatt die beschränkte Vollmacht der Reichsdeputation zurückgewiesen hatten, versuchte Neveu in Regensburg vergeblich, zusammen mit den Vertretern anderer geistlicher Staaten, der Reichsdeputation die Verhandlungsvollmacht zu entziehen und nur den Kaiser mit dem Reichsfriedensschluß zu betrauen. Der Reichstag beschloß, der Deputation eine zweite, unbeschränkte Vollmacht zu übergeben, in der jede Erwähnung der Reichsintegrität und der Reichsverfassung fehlte ².

Die kaisertreue Politik des Fürstbischofs wurde von Österreich schlecht belohnt. Auf seine Hilferufe, die er nach der französischen Invasion an den Kaiser sandte, reagierte Wien nur ausweichend, und die Proteste der fürstbischöflichen Gesandten gegen den Friedensbruch Frankreichs wurden von der österreichischen Delegation in Rastatt überhört. Lehrbach weigerte sich sogar, mit Ligerz über das Fürstbistum zu reden, und Metternich erklärte ihm unverblümt, daß alle Schritte der fürstbischöflichen Gesandten zu Gunsten des Hochstifts vergeblich seien, da Österreich nicht helfen könne und das Schicksal der Schweiz ohnehin noch sehr ungewiß sei. Nur für die Freigabe der in der Schweiz sequestrierten Güter setzte sich der österreichische Gesandte in Basel ein – allerdings ohne Erfolg ³.

Bei der französischen Delegation fanden Ligerz, Billieux und Schumacher verschlossene Türen. Peter Ochs hatte in Paris Domherrn

¹ AAEB, RR 60, 1189–1194; RR 73, 13. 12. und 18. 12. 1797. S. dazu Neveus Kommentar zu der bei dieser Gelegenheit zum x-ten Mal nach Wien geschickten Bittschriften: «je sais que leur réitération devient quelques fois fatigante, mais elle peut déterminer par la même des mesures, qu'un plus long silence aurait laissées dans l'oubli» (AAEB, RR 61, 2. 2. 1798).

² AAEB, RR 60, 1195/96; RR 61, 12. 1. 1797.

³ AAEB, RR 73, 23. und 25. 12. 1797; RR 60, 1292–1294; HHStA, Repertorium Friedensakten, Rastatt XVI, Nr. 13. Zu Stadion s. H. RÖSSLER, Graf Johann Philipp Stadion. Napoleons deutscher Gegenspieler. 2 Bde. Wien 1966. Zu Metternich: H. MATHY, Franz Georg von Metternich, der Vater des Staatskanzlers. Studien zur österreichischen Westpolitik am Ende des 18. Jahrhunderts. (Mainzer Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 8). Meisenheim 1969.

Ligerz bereits als Verantwortlichen für den österreichischen Truppeneinmarsch von 1791 denunziert ¹. Die beiden Gesandten Treillard und Bonnier ließen ihm ausrichten, daß Frankreich alle Verhandlungen mit einem Reichsfürsten ablehne, der seit Beginn des Krieges ein erklärter Feind Frankreichs gewesen sei, die französische Republik nie anerkannt habe und sich nicht scheue, französische Emigranten als seine Vertreter an den Friedenskongreß zu schicken ².

Mehr Glück hatten die drei bei den reichsständischen Gesandten. Der diplomatisch gewandte Ligerz ließ seine guten Beziehungen spielen und pflegte vor allem engen Kontakt zu den Vertretern anderer geistlicher Staaten, allen voran zu dem fürstbischöflich-würzburgischen Gesandten, Domherrn Graf Friedrich Lothar v. Stadion, der als Mitglied der achtköpfigen Reichsdeputation die Basler Delegation über die Verhandlungen auf dem Laufenden hielt.

In zahlreichen Eingaben forderten die drei Gesandten Neveu eine Entschädigung auch für linksrheinische, geistliche Fürsten und die Streichung aller fürstbischöflich-baslerischen Flüchtlinge von der Emigrantenliste. Aber alle ihre Vorstöße und Bemühungen prallten am Desinteresse der weltlichen Stände ab. ³.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und der französischen Republik nahmen schon anfangs 1798 einen ungünstigen Verlauf für das Hochstift. Unter dem Druck der «gebietherischen Republick» willigte am 9. März die Reichsdeputation in die Abtretung des linken Rheinufers und am 4. April in die allgemeine Säkularisation der geistlichen Staaten, mit Ausnahme der drei Kurstaaten Mainz, Trier und Köln, ein ⁴. Als gleichzeitig die französischen Truppen in der Schweiz einmarschierten und die alte Verfassung zerstörten ⁵, hatte man bei der fürstbischöflichen Depu-

¹ AH I, 111 (Ochs an Napoleon, 19.12.1797).

² SURATTEAU, Mont-Terrible, 652.

³ Eingaben vom 22.12. und 23.12.1797, 11.1., 14.2., 20.3.1798 (AAEB, RR 61) 23.6.1798 (RR 62) und 6.10.1798 (RR 64). Die beiden letzten befaßten sich nur mit der Emigrantenfrage.

⁴ AAEB, RR 61, 1.2., 5.2., 12.2., 9.3.1798. Kommentar Stadions zur Säkularisation (ebd., 4.4.1798): «La perspective n'est pas heureuse pour l'Etat ecclésiastique d'Allemagne. Il est attaqué de tous cotés et malgré qu'il soit appuyer par la justice et par la Constitution, sa défense ne peut être en mesure du danger.»

⁵ Neveu über den Untergang der Eidgenossenschaft: «La Suisse s'est perdue par ses lenteurs, comme le reste de l'Europe se perdra par le machiavélisme de sa politique, et l'immoralité, qui préside à ses cabinets» (ebd., 5.3.).

tation und in der Umgebung des Fürstbischofs die Hoffnung bereits verloren, durch den Reichsfrieden wieder in den Besitz des Hochstifts zu gelangen.

Die Affäre Ligerz

In dieser schwierigen Lage stürzte der Hauptunterhändler Neveu in Rastatt, Domherr Ligerz, das Hochstift in eine schwere Krise¹. Als er einsah, daß eine Wiederherstellung des Fürstbistum ausgeschlossen war, begann er für sein geliehenes Geld zu fürchten. Er verlangte vom Fürstbischof die sofortige Rückzahlung des Darlehens, das er 1794 dem Hochstift zur Deckung der Wahlausgaben gewährt hatte. Da sich Neveu weigerte, veranlaßte er das Domkapitel, die von Schumacher auf der Reise nach Rastatt in Freiburg deponierten 2400 Louis d'or aus der fürstlichen Kasse zu beschlagnahmen und die Ratifikation für den Verkauf des letzten fürstlichen Gutes in Schliengen an Landvogt v. Rotberg aufzuschieben². Vom vorderösterreichischen Landgericht ließ er einen Sequester auf das Geld des Fürstbischofs legen.

Als Schumacher und Billieux, beide ebenfalls Gläubiger des Hochstifts, vom Schritt des Domarchidiakons erfuhren, brach die fürstbischöfliche Gesandtschaft in Rastatt auseinander. Schumacher hinterbrachte dem Fürstbischof, daß Ligerz das Hochstift bereits aufgegeben habe und hinter dem Rücken der beiden anderen Deputierten instruktionswidrig Pensionsverhandlungen führe. Er eilte sogleich nach Freiburg und verlangte vom Kapitel erfolglos die Auslieferung der in seinem Namen deponierten Geldsumme. Rotberg tauchte in Konstanz auf und wollte sein Geld zurückhaben.

Neveu ließ sich nicht erpressen. Er schickte Schumacher und Rotberg auf ihre Posten zurück und tadelte sie wegen ihres Krämergeistes. Um Schumacher für sich zu gewinnen, bezahlte er ihm heimlich einen Teil seiner Schulden zurück und gab ihm als Sicherheit für den Rest seiner

¹ Die historisch an sich unbedeutende Angelegenheit wird hier etwas ausführlicher behandelt, um die gespannte Atmosphäre in den letzten Jahren des Hochstifts exemplarisch aufzuzeigen. Die umfangreiche Korrespondenz zum «Fall Ligerz» s. AAEB, RR 61–63.

² Eingeleitet wurde der Kauf von Ligerz selber. Freifrau v. Rotberg bot zuerst 20 000 fl, Neveu verlangte 30 000 fl, man einigte sich schließlich auf 24 000 fl, die der Landvogt bei Merian in Basel aufnahm und sofort nach Konstanz bezahlte (AAEB, RR 61).

Forderung eine Hypothek auf alle Einkünfte in Vorderösterreich. Beim Kaiser protestierte der Fürstbischof gegen das Urteil des vorderösterreichischen Landgerichts, das seine Rechte als immediater Reichsfürst gröblich verletzt habe. Er erreichte vom vorderösterreichischen Kassationsgericht die sofortige Aufhebung des Entscheids ¹.

Allen Gläubigern teilte er mit, daß er sich weigere, irgendeine Schuld zu bezahlen, solange nicht feststehe, wer für die Passiven des Hochstifts aufkommen müsse. Vom Domkapitel verlangte er ultimativ die Ratifikation des Kaufvertrages und die diskrete Rückberufung Ligerz' aus Rastatt, da er ihn sonst mit Schimpf und Schande entlassen müsse ².

Bevor das Domkapitel zwischen Neveu und Ligerz vermitteln konnte, hatte Ligerz den Fürstbischof um seine Entlassung gebeten. Er kehrte nach Freiburg i. Br. zurück und setzte sogleich seinen Prozeß gegen Neveu bei der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei fort ³. Nach der Abweisung seiner Klage entschuldigte er sich beim Fürstbischof, der ihm als Zeichen der Versöhnung wenigstens die rückständigen Zinsen bezahlte ⁴. Trotzdem hintertrieb Ligerz weiterhin die Ratifikation des Schlienger Kaufvertrags. Jahrelang waren die Beziehungen zwischen dem Fürstbischof und dem Kapitel deswegen gespannt. Erst als am 18. April 1801 Landvogt Rotberg die Ligerzsche Schuldforderung übernahm, gab das Kapitel seinen Widerstand auf ⁵.

Der Kongreß scheitert

In Rastatt harrten währenddessen Billieux und Schumacher auf das Ende des mühsam sich dahinschleppenden Friedenskongresses. Der Fürstbischof hatte ihnen nochmals eingeschärft, daß die Rettung der weltlichen Herrschaft und nicht, wie das Kapitel es wünschte, eine gute Pension im Vordergrund stehe ⁶.

¹ HHStA, Reichsarchiv, Kl. Reichsstände 69, 13.4.1798.

² «Cette démarche hazardée de la part de mon premier ministre, chargé de négocier ma paix à Rastadt a indisposé non seulement la regence, mais toutes les personnes qui en ont été instruites (...) Vous sentez, Monsieur, que dans de pareilles circonstances mon premier négociateur à Rastadt ne peut m'inspirer ce degré de confiance qui tranquillise sur l'avenir» (an Schumacher, RR 61, 19.4.1798).

³ Ligerz war besonders erbost über die «Intrigen» Schumachers: «gonflé de gloire, se croyant un grand Ministre au Congrès, j'espère (...) que cela ne lui arrivera plus sans cela, je lui ferais voir avec qui il a à faire» (ebd., RR 62, 22.5.1798).

⁴ StAOF, 23/374, 587.

⁵ AAEB, RR 66, 267–269, 287–289, 304–307, 323/24, 364–366.

⁶ «Le vrai but de la négociation est la Conservation de mon existence politique et celui de mon Chapitre» (AAEB, RR 62, 4.5.1798).

Doch seit Ligerz' Abreise spielte die fürstbischöfliche Delegation überhaupt keine Rolle mehr¹. Der schüchtern vorgebrachte Plan Schumachers, den Fürstbischof mit dem Fricktal und konstanzer Diözesanteilen im Breisgau zu entschädigen, wurde von der Reichsdeputation nicht einmal erörtert. Erst als Stadion dem Fürstbischof kurz vor dem Ende des Kongresses klarmachte, daß sein Land unwiderruflich verloren sei und er seine beiden Vertreter endlich bezüglich seiner Entschädigungsforderungen instruieren solle, kapitulierte Neveu vor «Egoismus, partikular Interesse, Habsucht, verderblichen Leydenschaften» der Reichsstände und beauftragte Billieux und Schumacher, auf die Pensionspolitik des Kapitels einzuschwenken². Bevor sie etwas unternehmen konnten, brach der Krieg wieder aus.

Je mehr Neveu vom ungünstigen Ausgang des Kongresses überzeugt war, desto sehnlicher hoffte er auf den Abbruch der Verhandlungen und den baldigen Wiederbeginn des Krieges. Als um die Jahreswende 1798/99 der Kaiser russische Truppen ins Reich rief und die französischen Gesandten darauf vom Reichstag deren sofortige Entfernung verlangten, stellte sich Neveu im Reichsfürstenrat hinter Österreich.

Am 31. Januar 1799 richtete Frankreich ein auf vierzehn Tage befristetes Ultimatum an den Reichstag. Das war für Billieux und Schumacher das Zeichen, um sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. In den ersten Februartagen reisten sie eiligst mit ihren Dienern von Rastatt ab, kurz bevor der Kongreß auseinander ging und in der Ermordung der französischen Gesandten seinen dramatischen Abschluß fand³.

2. Auf der Flucht

In Ulm

Der Umsturz und die verworrene Lage in der Schweiz hatten den Fürstbischof im Herbst 1798 von seinem grenznahen Asyl in Konstanz vertrieben. Am 28. Oktober 1798 begab er sich mit dem Hof in die Reichs-

¹ «Le Rôle de Son Altesse au Congrès n'est malheureusement que celui d'un Etat d'Empire plaignant et réclamant: Les plaintes et les réclamations ont été faites et refaites dans les formes convenables dès le commencement du Congrès; il ne s'agit donc plus à présent que d'en solliciter les effets» (AAEB, RR 63, 31.8.1798).

² Neveus bittere Klage zur Haltung der Reichsstände: «que l'Empire veut acheter sa paix à quel prix que ce soit, qu'un (!) chacun travaille pour soi que l'egoisme est devenu le principe dominant, et que si la desorganisation totale du Corps germanique n'a pas encore lieu, elle existe déjà dans l'opinion qu'il inspire» (AAEB, RR 63, 31.8.1798).

³ AAEB, RR 64, 4.2., 5.2., 16.2.1798.